

Die „Grenzboten“ erscheinen täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Reis Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Februar, im voraus zahlbar. Für Werbung nehmen sämtliche Wohnstätten-Beteiligungen entgegen. Unter Streifenband bezogen in Deutschland, Ungarn, das Saar und Westfalen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 16.— M., für das übrige Ausland 22.— M.

Die jüngst erschienene Monatshefte über den Krieg haben 4.— M. einschließlich Anzeigen. Kleine Anzeigen: Das erste Heft 2.00 M., jedes weitere Heft 1.75 M. einschließlich Anzeigen. Deutscher Anzeiger: Das erste Heft 2.00 M., jedes weitere Heft 1.50 M. Familien-Anzeiger und Stellen-Berichte 1.50 M., jedes weitere Heft 1.00 M. in Wort-Anzeigen: Das erste Heft 2.— M., jedes weitere Heft 1.50 M.

Verlagspreis: Zentrum 152 30—152 30

STREIFEN

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rußland und das internationale Syndikat

Russische Vorbereitungen für Genua

Der Kampf gegen das internationale Syndikat
Drahtmeldung unseres Korrespondenten
gk. Moskau, 18. Februar (Eig. Ber.)

Der Zusammenritt der Allrussischen Konferenz, die Nichtlinien für das Verhalten der russischen Delegierten in Genua aufstellen soll, wird sich um einige Tage verzögern, weil nicht alle Teilnehmer rechtzeitig an dem für die Konferenz festgesetzten Termin, dem 20. Februar, eintreffen können. Im Rat der Volkskommissare sieht man mit besonderer Spannung den Bericht Krassin und Kabeles entgegen, deren Verhandlungen in Berlin in mancher Hinsicht für die Haltung der Allrussischen Konferenz maßgebend sein werden.

Das wichtigste Referat bei diesen Verhandlungen wird dem Kommissar für Außenhandel zuzufallen, der über sämtliche bisher abgeschlossenen Handelsverträge, über die Erfolge des Exports russischer Waren nach den einzelnen Ländern und die Aussichten für die Hinzuziehung des ausländischen Kapitals zur Steigerung der russischen Exportfähigkeit berichten soll. Auf Grund dieser Ausführungen wird die Konferenz sich ein Bild zu machen haben, ob die Erfahrungen der letzten Monate Aussicht darauf eröffnen, daß der Wiederaufbau Rußlands durch Zusammenarbeiten mit den einzelnen Staaten betrieben werden kann, oder ob diese Aussichten so ungünstig sind, daß man sich nötigenfalls zur Arbeit mit einem internationalen Syndikat entschließen muß.

Wie verlautet, beurteilt man im Kommissariat für Außenhandel den Stand der Verhandlungen recht optimistisch. Sowohl in Deutschland und England, wie in den nordischen Ländern und Italien soll sich ergeben haben, daß die Regierungen und die Industriellen keinesfalls gesonnen sind, die Vorteile, die ihnen aus der Arbeit mit Rußland erwachsen können, zugunsten der Syndikatspläne aufs Spiel zu setzen, und die gleichen Erfahrungen sollen in Verhandlungen mit französischen offiziellen Persönlichkeiten gemacht worden sein.

Große Bedeutung wird sodann dem Bericht des neuernannten Finanzkommissars Sokolnikow beigemessen, der die Aufstellung der russischen Vorkriegsschulden vorlegen wird und die Gegenrechnung über die Schäden, die Rußland durch die Intervention der Alliierten erlitten hat. In dieser Gegenrechnung sind auch die Leistungen aufgeführt, die Rußland während des Krieges zugunsten der Alliierten ausgeführt hat und auf Grund deren ihm Anteil an den Reparationsforderungen der Entente zusteht. Sehr wenig günstig werden die Berichte der Vertreter einzelner Föderativrepubliken ausfallen, vor allem der Republik der Japaneischen Ostsee, denn die angestrebte Einigung mit den Japanern über die Räumung der ostibirischen Gebiete ist nicht zustandegelommen. Die japanischen Delegierten verlangen, wie bekannt wird, Ausnahmerechte für Japaner, die der territorialen Unabhängigkeit der Republik von Uchita widersprechen würden. Man hält diese Angelegenheit für sehr wichtig, weil Zugeständnisse an die Japaner eine Schwächung des Prestiges der Sowjetregierung in Genua bedeuten würde.

Die „Schuldflüge“

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch
Von Albert Winter, München

Mit Unterstützung aller bürgerlichen Parteien und auch eines Teiles der Sozialdemokratischen Partei haben unsere Alldeutschen den Kampf gegen die sogenannte „Schuldflüge“ organisiert. In jeder nationalistischen Versammlung werden Resolutionen gegen diese „Schuldflüge von Versailles“ angenommen, die bürgerliche Presse bringt von Zeit zu Zeit Aufforderungen zur Agitation gegen den „Schuldpruch“ der Entente. Die Nationalisten aller bürgerlichen Parteien stellen an die Regierungen der Länder und des Reiches das Verlangen, „authentisches“ Material über die „Unschuld“ Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges zu sammeln. Dabei sind sich unsere Alldeutschen je nach ihrer Parteischattierung selbst nicht im Klaren darüber, ob sie die völlige Unschuld behaupten oder eine Mitschuld der deutschen Politik zugestehen sollen.

In Bayern, wo das Gegengewicht der demokratischen, republikanischen und sozialistischen Bewegung am schwächsten ist, haben unsere Alldeutschen freies Spiel. Besonders in München steht ihnen ein mächtiger Presseapparat zur Verfügung. Die Opposition kommt um so weniger in der Öffentlichkeit zur Geltung, als auf die bayerischen Rechtssozialisten keinerlei Verlaß ist, wenn es sich um eine reinliche Verabshiedung der Schuldfrage handelt. Die Führung des Kampfes gegen die „Schuldflüge“ wird nicht so sehr von den Deutschnationalen, als vielmehr von den berüchtigten bayerischen „Demokraten“ beanprucht. Der bayerische Landtag hat erst vor kurzem einen Antrag der Alldeutschen demokratischen und deutschnationalen Färbung angenommen, in welchem die bayerische Regierung aufgefordert wird, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß sie den uns freundlich gesinnten Neutralen und der Entente „authentisches“ Material übergebe, das die „Unschuld“ Deutschlands am Weltkrieg erweisen soll. Der Genosse Niekisch wies darauf hin, daß man durch solche demagogische Anträge doch nicht die außenpolitische Bewegungsfreiheit der Reichsregierung beeinträchtigen dürfe. Selbst der bayerische Ministerpräsident, Graf Lerchensfeld, konnte nicht umhin, in einer öffentlichen Volksversammlung eine „richtige“ Behandlung der Schuldfrage zu verlangen. Mit Protestresolutionen sei nichts getan und man müsse „authentisches“ Material sammeln. Aber woher dieses authentische Material nehmen, das den alldeutschen Interessen frommt? Da ist guter Rat teuer!

Den Alldeutschen kommt es nicht auf eine wirkliche Erforschung der geschichtlichen Wahrheit an, denn sie wissen, daß sie mit ihrem Suchen nach dieser Wahrheit bei der Entente und der öffentlichen Meinung der ganzen Welt wenig Glück haben. Die anderen Völker sind aufgefärbt. Sie brauchen keine Aufklärung von den deutschen Nationalisten, die ihren Kampf gegen die „Schuldflüge“ von Versailles ebenso aufrichtig führen wie den um die Demokratie, nach der sie schreien, wenn es ihrer Nordpolitik einmal an den Kragen geht. Glück haben unsere Alldeutschen erst nur bei dem Teile des deutschen Volkes, das sich noch nicht aus den Schlingen der deutschen Kriegspolitik befreit hat. Aber auch diese Schichten sind unsicher geworden und tasten nach neuen Ufern.

Ein besonders gewaltiges Geschrei haben die Alldeutschen nach auffallend langem Schweigen in den „Süddeutschen Monatsheften“ über die „Fälschung“ Eisners erhoben, die darin bestehen soll, daß der Ministerpräsident der bayerischen Revolution am 23. November 1918 unter ausdrücklichem Vorbehalt „Einzelheiten“ aus dem Gesandtschaftsbericht des Herrn v. Schön vom 18. Juli 1914 veröffentlichte, welche letzterer anfänglich dem bayerischen Gesandten Lerchensfeld irrtümlicher Weise zugeschrieben worden war. Zwar hatte Eisner selbst und der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. Müller, den Irrtum einige Tage nach der Veröffentlichung berichtigt. Aber tut nichts, denken die Alldeutschen und behaupten in Wort und Schrift, daß die Eisnersche „Fälschung“ zur „Schuldflüge“ und damit zum Versailler Friedensvertrag geführt habe. Den Chorführer der alldeutschen Schaar spielte der Münchener Geschichtsprofessor Dr. Alexander v. Müller, der den Vorwurf der Fälschung auch auf den ehemaligen Privatsekretär Kurt Eisners, den Genossen Fehrenbach ausdehnte, ein Vorwurf, der am 2. März die Gerichte beschäftigten wird.

Der Vorsitzende der bayerischen demokratischen Landtagsfraktion, der Münchener Archidirektor Dr. Fius Durr, hat sich gehütet, in seiner Abhandlung über die auswärtige Politik der bayerischen Revolution in den „Süddeutschen Monatsheften“ und in den von ihm im Auftrage des bayerischen Landtages herausgegebenen Dokumenten zum Kriegsausbruch den Vorwurf einer Fälschung auszusprechen. Dr. Durr weist auf die mehr als seltsame Tatsache hin, daß Herr v. Schön es unterlassen habe, den vollen Wortlaut seines Berichtes noch vor dem Ultimatum der Entente vom 16. Juni 1919 zu veröffentlichen, obwohl ihm das möglich gewesen wäre, nachdem auch sein Bericht am 11. Mai 1919 in der Privatwohnung Eisners gefunden worden war und das

Paris und London

Bedovorsiehende Zusammenkunft Lloyd George — Poincaré
London, 22. Februar.

Der politische Berichterstatter des „Daily Chronicle“ erzählt, daß Lloyd George die Absicht habe, sich am Sonntag nach Paris zu begeben, um mit Poincaré die verschiedenen Fragen zu beraten, die die Beziehungen zwischen Frankreich und England betreffen. Man erwartet, daß insbesondere die Frage der Genueser Konferenz erörtert, und daß — wenn möglich — ein Einvernehmen über den Zeitpunkt der Konferenz erzielt werden soll. Man hofft in hiesigen ministeriellen Kreisen, daß die Verschiebung der Genueser Konferenz, die, wie erklärt wird, infolge des Sturzes der italienischen Regierung unermesslich erscheint, nicht von langer Dauer sein werde. Selbstverständlich werde es auch von der französischen Regierung abhängen, ob die Konferenz bald stattfinden kann.

Paris, 22. Februar.

Dem „Petit Parisien“ zufolge scheinen die französisch-britischen Verhandlungen seit 24 Stunden einen besseren Verlauf zu nehmen. Der Londoner Korrespondent des Blattes berichtet, daß man sich im Laufe einer Unterredung, die am Montag zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem englischen Botschafter Lord Hardinge geführt wurde, grundsätzlich über eine demnächst stattfindende Begegnung zwischen den Mitgliedern der beiden Regierungen geeinigt habe. Es sei sogar nicht unwahrscheinlich, daß Lloyd George selbst mit Poincaré zusammenreffen werde. Der Gegenstand der Unterredung werde die endgültige Einigung über die Fragen sein, die das französische Memorandum wegen des Programms der Genueser Konferenz aufgeworfen habe.

Western abend habe der französische Ministerpräsident mit dem englischen Botschafter eine neue Unterredung gepflogen. Gleichzeitig verlautet, daß der englische Schatzkanzler Sir Robert Horne sich wahrscheinlich in einigen Tagen in Paris mit dem französischen Finanzminister de Lasteyrie und ohne Zweifel auch mit den anderen alliierten Finanzministern über die Reparationsfrage besprechen werde. In dieser Hinsicht habe die englische Regierung allerdings die bekannten Vorbehalte gemacht. Deshalb sei man noch ziemlich weit von einem vollkommenen Einvernehmen entfernt. Die Entschlüsse jedoch, die angekündigt wurden, zeigten — so bemerkt das offizielle Blatt — auf beiden Seiten den ernstlichen Willen, zu endgültigen Ergebnissen zu gelangen. Lloyd George verstehe sich dazu, das französische Memorandum zu erörtern, und Poincaré zeige sich einer direkten Aussprache zwischen den Mitgliedern der beiden Regierungen geneigt.

Das Blatt hofft, daß die Unterredungen auf das allgemeine Problem der Reparationen, vielleicht auch auf die Frage der Interalliierten Schulden ausgebeugt werden. Solange Lloyd George seine Gedanken von Chequers, die er Loucheur gegenüber am 8. Dezember ausgesprochen habe, nicht aufgeben, werde es wahrscheinlich vergeblich sein, die wirtschaftliche Krise zu heilen, unter der heute Europa leidet. Frankreich und England mühten sich, unterstützt von der Kleinen Entente, entschließen, schon jetzt die großen Schwierigkeiten Europas zu lösen, statt noch länger auf den Beistand Amerikas zu warten.

Die englischen Vorbehalte

Die englische Regierung macht ihre Zustimmung über die Vermittlung der deutschen Reparationsnote an die Reparationskommission von folgendem Vorbehalte abhängig: England

verlangt, daß aus den Beschlüssen der Konferenz von Cannes die Artikel 8, 15, 16, 17, 18 und 19 als endgültige Entscheidung betrachtet werden und keinerlei Änderung wieder unterworfen werden. Artikel 8 der Beschlüsse von Cannes spricht von den Besatzungskosten, Artikel 15 von dem Wiesbadener Abkommen und setzt fest, daß das Abkommen nur eine dreijährige statt einer fünfjährigen Laufzeit erhält. Frankreich erhält im Jahre 1922 Naturalleistungen im Werte von 950 Goldmillionen, im Jahre 1923 und 1924 Lieferungen im Werte von je anderthalb Goldmilliarden. Der Uebersehuh dessen, was Frankreich im Jahre an Naturalleistungen erhält, muß, sobald er die normalen Bezahlungen Frankreichs übersteigt, von Frankreich in zehn Jahresraten beginnend am 1. Mai 1926 zurückgezahlt werden. Diese Summe wird Frankreich mit Wirkung vom 1. Januar 1924 auf sein Sollkonto gutgeschrieben werden. Die übrigen Mächte erhalten im Jahre 1922 Naturalleistungen im Werte von 50 Goldmillionen. Artikel 16 setzt fest, daß jede einzelne Macht im Jahre 1922 den Wert der Naturalleistungen behalten soll, selbst wenn sich ein Uebersehuh gegenüber der Forderung für dies Jahr ergeben sollte. Artikel 17 bestimmt den Kohlepreis, der an Deutschland zu zahlen ist. Artikel 18 bestimmt, daß die im Jahre 1921 von Deutschland gezahlte Goldmilliarde mit den im Jahre 1922 zu zahlenden 720 Goldmillionen zu einer Einheit verschmolzen wird, von der England 500 Millionen für die Besatzungskosten erhält, Frankreich 140 Millionen und der Rest an die belgische Priorität gegeben wird. Der Wert der Saargruben wird dem französischen Schuldkonto mit Wirkung vom 1. Januar 1922 gutgeschrieben.

Genua am 23. März?

London, 22. Februar.

Der römische Berichterstatter der „Times“ erzählt von amtlicher Stelle, daß aus Rom an den Genueser Ausschuss für die Vorbereitungen der Konferenz Anweisungen ergangen sind, in denen als wahrscheinlicher Zeitpunkt für den Beginn der Konferenz der 23. März angegeben wird.

Explosion eines Luftschiffes

Newport News (Virginia), 21. Februar.

Das Militär-Luftschiff „Roma“, das in Italien angekauft worden ist und erst einige Wochen in Gebrauch war, ist beim Ueberfliegen des sogenannten Hampton Road-Kanals explodiert. Es saß über eine Million Kubikfuß Gas. Die „Roma“ kürzte, in Flammen gehüllt, in der Nähe des Flottenstützpunktes Norfolk nieder.

Washington, 21. Februar.

Das Marineministerium hat das Unglück der „Roma“ durch folgendes Telegramm der Marinebehörden von Norfolk erfahren: Das Militär-Luftschiff „Roma“ ist in Brand geraten und in der Nähe des Flottenstützpunktes Norfolk heute nachmittags 2 Uhr 10 Min. zur Erde gefallen. Von 50 Personen, die sich an Bord befanden, sollen 35 tot sein.

Amlich wird nachmittags 3 Uhr 50 vom Flottenstützpunkt Norfolk gemeldet, daß von der „Roma“ nur zehn Ueberlebende geborgen sind.

Im amerikanischen Kriegsdepartement wird erklärt, daß die „Roma“ eine Probefahrt unternommen hatte, um amerikanische Motore zu erproben, die an Stelle der italienischen eingebaut worden waren.

Zusätzliche Amt in Berlin am 22. Mai Empfangsbefähigung über den Erhalt von Abschriften ausgestellt hatte. Vom alldeutschen Standpunkt aus war also die Eisnersche „Falschung“ noch leicht zu berichtigen. Warum dies nicht geschah, hat seine guten Gründe in dem schlechten Gewissen unserer Herren Altschäfer, die zu ihrer eigenen Sache kein Vertrauen haben.

Die Münchener „Morgenpost“ hatte seiner Zeit im Anschluß an die Feststellungen des Freiherrn v. E. Cardstein die Behauptung aufgestellt, daß es in der deutschen und bayerischen Diplomatie eine doppelte Buchführung gegeben habe und daß man daher den offiziellen Aktenstücken kein Vertrauen schenken könne. In seinen „Lebenserinnerungen“ weist Freiherr v. E. Cardstein, der ehemalige deutsche Botschaftsrat in London darauf hin, daß der frühere Direktor der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Geheimrat v. Hofstein, die „graue Eminenz“ auf einem nicht offiziellen und geheimnisvollen Wege die Mehrzahl sämtlicher wichtigen und delikaten Fragen erledigte. Mit dieser Art Diplomatie zielte Hofstein im Jahre 1905 auf einen Krieg mit Frankreich hin, hinter dem Rücken nicht nur des deutschen Volkes, sondern selbst wichtiger Regierungsinstanzen, was Kurt Eisner als erster in seiner damaligen Schrift „Der Sultan des Westkrieges“ erkannte und gebrandmarkt hatte. Damals hörte man nicht auf ihn. Auch im Jahre 1911 feuerte Rüdern-Wächter unter Billigung Bethmann Hollwegs in einer vom Kaiser gebrochenen Marokkofrage auf den Krieg hin. Wie sollte es im Jahre 1914 anders sein? Mit Recht warnt daher Cardstein die Geschichtsforscher der Gegenwart und der Zukunft, die offiziellen Akten als bare Münzen zu nehmen, sonst würde die Geschichtsschreibung über die deutsche Kriegspolitik nichts weiter bedeuten als eine „fable convenue“ (angemessene Fabel), um mit Voltaire zu reden!

Die vom bayerischen Landtag eingesetzte parlamentarische Kommission, die über die Grundlagen der Eisnerschen Enthüllungen Untersuchungen pflog, hat wegen dieser doppelten Buchführung in der bayerischen und deutschen Diplomatie den Staatsrat a. D. v. Lüßl vernommen. Dieser bestätigte die Tatsache der offiziellen und geheimen Korrespondenz mit der Erklärung, daß die geheimen Informationen deswegen notwendig waren, weil man nicht das Vertrauen der auswärtigen Vertreter untergraben durfte. Das ist eine faule Ausrede; denn es handelt sich ja um den Verkehr zwischen einheimischen und verbündeten diplomatischen Stellen, zwischen denen bestimmte Aktionen vereinbart wurden.

Schiedspruch im Mansfelder Streik

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Halle, 22. Februar.

Das vom Mansfelder Syndikat H. G. beantragte Schiedsgericht trat unter Vorsitz eines Regierungsrats vom Reichsarbeitsministeriums zusammen und fällte, da alle Vermittlungsvorschläge zu keinem Ergebnis führten, folgenden Schiedspruch:

Allen Arbeitern über 21 Jahre wird eine Lohn-erhöhung von 11 Mark pro Schicht (gefordert waren zwanzig Mark) zugesichert. Die Arbeiter unter 21 Jahre werden anteilig gestaffelt entlohnt wie im bisherigen Tarif, der Schiedspruch geht ferner dahin, daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden soll. Beide Parteien haben sich über Annahme oder Ablehnung bis zum 24. 2. zu erklären.

Ueber die Streitfrage des Manteltarifs (Entlohnung der unorganisierten) konnte nicht verhandelt werden, da der Regierungsdirektor erklärte, daß er dazu keinen Auftrag habe.

Eine zu heute nachmittag in Helbra einberufene Vertreterkonferenz hat zu entscheiden, ob diese Zugeständnisse geeignet sind, der Belegschaft die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen.

Streitbereitschaft der Angestellten in Halle

Eine aus den Angestellten-Organisationen aller Richtungen zusammengesetzte, von etwa 5000 Angestellten besuchte Versammlung nahm gestern Stellung zu den in der vorigen Woche abgebrochenen Tarifverhandlungen über die Erhöhung der Ge-

hälter. Die Organisationsvertreter vertraten den Standpunkt, daß die von den Angestellten-Verbänden aufgestellten Forderungen bei weitem nicht den heutigen wirtschaftlichen Kloten entsprechen und deshalb als Mindestforderung unbedingt durchgesetzt werden müssen. Einmütig wurde eine Entschließung angenommen, in der die Organisationsvertreter aufgefordert werden, sofort nochmals Verhandlungen mit den Arbeitgeberern aufzunehmen. Falls diese zu keinem befriedigenden Ergebnis führen sollten, wird die Halle'sche Angestelltenchaft in den Streik treten.

Ein Komplott der Scharfmacher

In der am gestrigen Dienstag zu Ende geführten Generalversammlung der Staats- und Gemeindearbeiter, Filiale Berlin, über die wir in der Morgenausgabe ausführlich berichtet werden, gab der Bevollmächtigte Polenske bekannt, daß zwei gemahregelte Straßenbahner durch den Arbeitsnachweis dem Kadelwert Vogel, Köpenick-Hirschgarten, vermittelt wurden. Als der Ingenieur des Werkes hörte, daß es sich um gemahregelte Straßenbahner handele, lehnte er die Einstellung ab unter Berufung auf ein Rundschreiben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, das besage, daß entlassene Straßenbahner von Mitgliedern des B. V. M. J. nicht eingestellt werden dürfen.

Das Scharfmachertum hat also ein Komplott gegen die von der Stadt Gemahregelten und Entlassenen geschlossen. Es benutzte die Gelegenheit, um einen verlorenen Streik restlos auszunutzen zur Zermürbung der Arbeiterchaft, es gibt die von dem Mißerfolg Betroffenen der völligen Verleumdung preis. Die Scharfmacher in der Metallindustrie treten auf als die Hünen des Schlachtfeldes, auf dem der Kampf zwischen Magistrat und Gemeindefabrikanten ausgefochten worden ist. Es gibt kaum Worte, um die tiefe Unmoral dieser Handlung zu kennzeichnen.

Der Berliner Magistrat aber kommt dadurch in eine unangenehme Nachbarschaft. Wir nehmen an, daß er an solcher Bundesgenossenschaft wenig Freude haben wird und hoffen, daß ihm diese Vorgänge die Augen über die Wirkungen seines Vorgehens öffnen werden und ihm als Warnung für die Zukunft zustatten kommen.

Ein vorzüglicher Zeitgenosse

Wie August Winnig die Republik rettete

Im „Firn“ veröffentlicht Herr August Winnig ein Nachwort zum Jagow-Prozess. Er bedauert, daß er vor dem Reichsgericht nicht als Zeuge vernommen wurde und gibt nun schriftlich kund, was er vor Gericht ausgesagt haben würde. Seine Beziehungen zu Kapp stellt er so dar, als ob sie nur harmloser Natur gewesen wären. Er muß aber zugeben, daß Kapp sich über die Vorbereitungen, die im Osten für den Fall eines Krieges mit Polen getroffen waren, sehr genau unterrichtet zeigte, obwohl er amtlich gar nichts damit zu tun hatte. Später habe Kapp eine Organisation gegründet, die eine „größtenteils antibolschewistische Propaganda“ betreiben sollte. Winnig erzählt, daß es sich um eine Geheimorganisation handelte, tat aber nichts, um sie unschädlich zu machen. Auch Kapps Verkehr mit Wittich war Winnig bekannt, jedoch hielt er diese Beziehungen für harmlos.

Als der Vorwurf da war, hätte sich August Winnig — überrascht. Man sieht, dieser Mann hätte in seiner absoluten Unwissenheit vorzüglich in den Klub der Harmlosen gepökt, der vor dem Reichsgericht in Leipzig seine Märchen erzählte. Wirklich schade, daß er nicht als Zeuge vernommen worden ist. Die Kapp-Regierung hat Winnig selbstverständlich nur deshalb anerkannt, weil er „die wirtschaftliche und nationale Lage der Provinz Ostpreußen nicht gefährden wollte“. In der Tat, ein vorzüglicher Zeitgenosse, der es verdient, daß ihm die preussische Regierung für sein braves Verhalten die lebenslängliche Pension sichergestellt hat.

Etwas offener wird August Winnig bei seiner Darstellung über die „Vorbereitung zur Verteidigung des Ostens gegen polnische Angriffe im Mai/Juni 1919“. Winnig will von vornherein Vorbereitungen getroffen haben, die Volkstümlichkeit dieses geplanten Krieges gegen alle Gefahren zu sichern. Ein parlamentarischer Aktionsausschuß sollte die Führung bekommen und damit gegen die Republik nichts unternommen werden konnte, hatte August Winnig außerdem noch angeordnet, daß zwei sozial-

demokratische Abgeordnete dem Leiter der militärischen Operationen als politische Kommissare zur Seite treten sollten.

Diese beiden sozialdemokratischen Abgeordneten hätten die Republik sicher vor allen unsittlichen Plänen der Nationalisten geschützt. Denn es ist erwiesen, daß die kaiserlichen Offiziere lediglich Puppen in den Händen der Regierung Ebert-Scheidemann waren. Sie hatten schon vor Kosske einen heillosen Respekt. Noch mehr hätten die Offiziere vor der Macht der beiden politischen Kommissare gezittert, zumal diese außerdem — sozialdemokratische Abgeordnete waren.

Der unsterbliche Militarismus

Der Generalstab im Reichsarchiv

Ein Teil des Generalstabs, wenn auch ein kleiner, ist in das Reichsarchiv in Potsdam übergesiedelt und schreibt dort Kriegsgeschichte. Die früheren „Hindenburgblätter“ — wie sie im Soldatenmunde so gemütlich hießen, — heißen jetzt Archivat und Oberarchivar. Sie schreiben auch Geschichte, das ist gar nicht zu leugnen — aber frage mich nur nicht, was für welche. Da werden vor allen Dingen die Regimentstagebücher gewählt und daraus herrliche Erinnerungsbilder ausgezogen, die mit Unterstützung des Reichsarchivs wohl zur Stärkung des republikanischen Bewußtseins, den alten Frontsoldaten billig verkauft werden. Da finden sich dann wehmütige Rückblicke auf die herrliche Zeit der eisernen Disziplin, häßliche Bemerkungen über die bösen Soldatenräte der Revolution, und allgemeine Lage-Überblicken mehr politischen Charakters, in denen mitgeteilt wird, daß der Kaiser zur Abdankung gezwungen und das Heer von der Heimat verraten wurde (Verfasser mit besonders moderner Gesinnung fügen an dieser Stelle hinzu: „und von der Stappe“).

Inzwischen aber sitzt im herrlichen Gebäude des ehemaligen Generalstabs, das ganze Reichsmilitärministerium des Innern, diese Behörde, der die Republik ganz besonders anvertraut ist, und übt per Fernrohr die Aufsicht über das Potsdamer Reichsarchiv aus. Aber mag es nun an der Unschicklichkeit der örtlichen Geister liegen — denn das Reichsarchiv sitzt in der ehemaligen Kriegsschule! — oder an welchen geheimnisvollen Gründen sonst immer: Tatsache bleibt, daß hier die Gegner der Republik mit dem Gelde der Republik gefüttert werden, und dazu noch einen ganz umfangreichen Apparat unentgeltlich zur Verfügung bekommen, um das Gedächtnis an die große Zeit nicht nur bei sich selber, sondern auch bei tausenden und abertausenden von Lesern wach zu erhalten und sich vor ihnen, statt eine ehrliche Geschichte ihrer eigenen Niederlage zu schreiben, mit der Dolchstoßlegende herauszureden, die doch ihrerseits nichts anderes ist als ein Dolchstoß in den Rücken der Republik!

Der Bloß der Steuerverweigerer

Der Steuerauschuß des Reichstages beendete am Dienstag die zweite Lesung des Vermögenssteuer-Gesetzes. Auf der Debatte stand zunächst die Frage der Wertermittlung von Grundstücken und Betriebsvermögen. Nach dem Steuerkompromiß soll die Entschädigung über diese Bestimmungen dem Plenum verbleiben. Von den Rechtssozialisten und den Unabhängigen war der Antrag auf Wiederherstellung der Regierungenvorlage gestellt, der den gemeinen Wert vorzieht. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei aber wollte sich hiermit nicht begnügen, sondern stellte weitere Anträge, die eine Verschlechterung der in erster Lesung gefassten Beschlüsse darstellten. Dieser Antrag wurde abgelehnt, doch war bemerkend, daß sich auch diesmal wieder die Demokraten an die Seite der Deutschen nationalen und Deutschen Volkspartei gestellt hatten. Die Tarife und die Zuschläge zur Vermögenssteuer gelangten in der in erster Lesung beschlossenen Fassung zur Annahme. Die Anträge der Unabhängigen auf Wiederherstellung der in der Regierungsvorlage vorgesehenen erhöhten Tarife wurde gegen die Stimmen der U.S.P. und der R.N.G. abgelehnt.

Die deutschen Ententeheiler. Eine Londoner Hanasammlung berichtet, die englische Regierung habe sich zugunsten der Fortsetzung und der Ausdehnung der alliierten Militärkontrollen in Deutschland ausgesprochen. Dieser Entschluß Englands stütze sich auf die jüngsten Waffenfunde und die geheimen Waffenlager.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark ist jetzt auf 100 200 gestiegen.

Zur Reform des Strafvollzugs

Der belgische Minister Gen. Vandervelde hat dem Könige einen Bericht über den geplanten „service anthropologique des prisons“ überreicht, der interessante Vorschläge zu einer Verbesserung des Strafvollzugs im Sinne moderner Auffassung auf psychologischer Grundlage enthält.

„Einer der Hauptzwecke des durch Gesetz vom 30. Mai 1920 beschlossenen S. A. d. P. ist die methodische Sichtung der Sträflinge“, heißt es da, „in der Absicht, ihnen die individuell notwendige Behandlung zuteil werden zu lassen, je nach ihrem Alter, ihrer Körperlichkeit und geistigen Beschaffenheit, ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten. Die Gleichmäßigkeit der bisherigen Zellengefängnisse soll ersetzt werden durch ein System von Anstalten mit Stationen für Psychopathen, Strafkolonien, Gefängnisschulen, Fabriken, Sanatorien, so gleichermaßen den Forderungen der Gesellschaft wie der Menschlichkeit entsprechend. Der gegenwärtige Vorschlag Vanderveldes bildet den ersten Schritt zur Verwirklichung des Planes: Es sollen zwei Gefängnisschulen, ein Gefängnis für Epileptiker, eins für Geisteschwache, ein Sanatorium für Tuberkulose errichtet werden.“

Nach dem Gesetz über Kindererziehung von 1912 dürfen Kinder-jährige unter 16 Jahren nicht verurteilt werden; nur fürsorgemaßregeln gegen strafällig gewordene sind zulässig. Jugendliche von 16—21 Jahren dagegen werden wie Erwachsene behandelt. Gerade bei diesen aber scheint eine Besserung durchaus aussichtsreich; dazu aber ist eben eine Trennung der Jugendlichen von den Erwachsenen in besonderen Strafanstalten notwendig. Die neuen Gefängnisschulen sollen diesem Zwecke dienen; in ihnen wird die Erziehung das wesentliche Moment des Strafvollzugs bilden, geleitet durch ausgewählte Persönlichkeiten. Die Fähigkeiten eines jeden Häftlings sollen besonders festgestellt werden, um jeden der für ihn geeigneten Ausbildung zuzuführen. Für landwirtschaftliche Beschäftigung ist die Schule in Merkplas (bei Antwerpen) in Aussicht genommen, für industrielle Beschäftigung soll eine Schule dem Zentralgefängnis in Gent angegliedert werden, völlig getrennt von den erwachsenen Gefangenen.

Ebenso soll die Trennung Körperlich und geistig Kranker von anderen Gefangenen einen längst gefühlten Mangel beheben. Die Trinkerheilstätte in Merkplas, die heute kaum zu einem Viertel belegt ist, soll zu diesem Zwecke eingerichtet werden. Hier sind die notwendigen Baustoffe bereits vorhanden. Insbesondere für Epileptiker, die in den Gefängnissen viel Störung verursachen, ist diese geordnete Unterbringung erwünscht. Die Zahl der Tuberkulösen, die wegen der Ansteckungsgefahr getrennt gehalten werden müssen, ist nicht groß, da Schwere Kranke stets frei-

gelassen werden. Für die Leichtkranken wird das Waldsanatorium von Merkplas die Möglichkeit der Heilung gewährleisten.

Alle diese Vorschläge sind aufgebaut auf den einstimmigen Beschlüssen des „Congresses für gerichtliche Medizin der französischen redenden Länder“. Ihre Nachahmung in anderen Ländern mit rüstfähigem Strafvollzug wäre dringend zu wünschen.

Vindex.

Romain Rolland: Die Wölfe

Deutsches Theater

Dieses Drama ist schon fast 25 Jahre alt. Rolland war jung, als er es schrieb. Er würde heute manches anders sagen als damals — und vielleicht auch eine Antwort wissen auf die Frage, die er in diesen drei Akten aufstellt, aber unbeantwortet läßt. Diese Frage lautet ganz einfach: Gekten in der Politik für den Politiker andere Moralgesetze als für den Menschen im alltäglichen Leben? Rolland läßt in den „Wölfen“ diese Frage unbeantwortet. Heute, glaube ich, würde er sie nicht mehr unbeantwortet lassen.

Szene dieses Dramas ist, wie bei Rollands „Danton“, die französische Revolution, das von den republikanischen Franzosen besetzte, von den Preußen belagerte Mainz. Unter den republikanischen Offizieren ist ein ehemaliger Wölger, schon aus diesem Grunde seinen Kameraden unangenehm und verdächtig. Sein wütendster Gegner verstärkt einen aufsteigenden Verdacht mit gefälschten Beweisen und der Verdächtige wird zum Tode verurteilt. Nachdem das Urteil gefällt ist, wird für jeden, der sehen will, seine Unschuld sichtbar. Das Urteil müßte also umgestoßen, er freigesprochen werden. Seine Freisprechung aber würde bedeuten: Anklage gegen den, der die Beweise fälschte; und das ist der tapferste, heldischste Offizier der Festung, der, den seine Soldaten blind vergöttern. Ihn anklagen — das würde Meuterei und Bürgerkrieg entzünden. Was tun?

„Gerechtigkeit! Und wenn der Himmel einfällt!“ ruft Teulier, der Vertreter der reinen Idee. Ihm antwortet Quessel, der Politiker: „Ich liebe Frankreich mehr als die Gerechtigkeit!“ — Der Unschuldige wird zum Schafot geführt und der Politiker hat das Schlußwort: „Schande auf meinen Namen! Aber das Land ist gerettet!“

Wer hat Recht? Was ist des Dichters Meinung? Darf und muß der Politiker die Gesetze der Moral übertreten? Gekten für ihn die Gesetze der Wahrheit und der Gerechtigkeit nicht?

Wir sehen uns mit Freuden dem Vorwurf der Greifbürgerschaft aus, indem wir erklären, daß wir für die „Größe“ der Politiker vom Schlage der Bismarck, Napoleon und Kadel nur wenig Verständnis haben. Wir glauben, daß Wahrheit und

Gerechtigkeit unermesslich viel größer und höher sind, als irgend etwas, was man durch „Politik“ erreichen könnte. Wir glauben, daß man ruhig einmal einen Versuch mit der Politik der Wahrheit und Gerechtigkeit machen könnte, nachdem man es so viel tausend Jahre mit der Politik der Unwahrheit und des Unrechts versucht hat. Wir kennen die Resultate dieser „Politik“, deren Haupt- und Letztmotive immer in den verschiedensten Variationen lauten: „Was frage ich nach Wahrheit und Gerechtigkeit, wenn nur das Land (die Partei, der Krieg, die Revolution) gerettet wird!“ — wir können die Resultate dieser tausendjährigen „Politik“ beim besten Willen nicht so herrlich finden.

Die Aufführung war nicht schlecht — aber viel zu laut. Man kann den Eindruck des Wilden, Ungebändigten hervorruufen — auch ohne Gebüll, Hunde, die bellen, heißen nicht. Revolutionäre, die brüllen, sind meist recht ungehörlich. Und so machten auch diese viel und ausgiebig brüllenden Generale der französischen Revolution manchmal einen mehr lächerlichen als gefährlichen Eindruck.

Berner Krauß, Rißpfer und Dieterle waren die starken Säulen des Abends. Besonders ein hübscher Junge — und ein hübscher zu wenig zurecht gehauen. Ueberarbeitete Schauspielerei. Haben keine Zeit, sich in ihre Rollen zu versetzen. Neben ihnen der Aristokrat des Tribert Wölger und der kleine Unterleutnant des hübschen Hans Bauermeister.

Der Beifall war endlos — und berechtigt. Aber so begeistert wie die jungen Leute auf der Galerie kann ich mich nicht an ihm beteiligen.

Hans Stiemer

Folgen des Eisenbahnstreiks. Zu den schrecklichen Folgen des Eisenbahnstreiks gehört das folgende Gedicht, das wir im neuesten Heft des „Grenzboten“ finden:

Des Reisenden Kafflieb

In allen Schaltern ist Ruh,
In allen Bahnstrigen
Sichelt du
Raum einen Raum,
Die Rüge schmelzen im Eise,
Tauernd am Gleise
Schweigst du auch.

E. K.

Das Gedicht ist bezeichnend für den moralischen Tiefstand des deutschen Bildungsbüfels. Denn diese trübselige Umdeutung des schönsten deutschen Gedichtes „Wandlers Kafflieb“ von Goethe ist nicht der einzige Akt der Vergewaltigung an den besten Werken deutscher Sprache. Ja, auf ihren Göttern sind die Herrschenden stolz, aber wie wenig sie mit ihm gemein haben, wie wenig sie bereit sind, keinen Namen auch nur anzuschreiben, beweist der Umstand, daß immer ein neuer Götter aufsteht und seine Wunden vorbringt, indem er Goethes Gedicht in seinem Sinne umdeutet. Solche Hebelien sind allerdings nur in Deutschland möglich, wo sich Bildung und Albernheit am leichtesten zusammenfinden.

Der stärkste Mann

Herr Wolfgang Heine, Mitglied der S. V. D., Rechtsanwalt, insbesondere Vertreter des Theaterkapitals und ehemaliger Minister des Innern und Posten, hat sich nicht enthalten können, auch seine Meinung über den Beamtenstreik und das Recht der Beamten auf Streikfreiheit der Öffentlichkeit mitzuteilen. In einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ stellt Heine fest, daß es ein Streikrecht im positiven Sinne überhaupt nicht gebe. Es seien lediglich die früheren Koalitionsverbote aufgehoben worden, laufende Verträge müßten also erfüllt werden. Geste das schon für die Arbeiter, so gesehe es noch mehr für die Beamten, die Verträge mit festesten Bindungen eingegangen seien. Sie hätten also zwar das Koalitionsrecht, aber das Streikrecht sei ihnen praktisch verweigert. Dafür hätten sie andere Rechte, nämlich dauernde Anstellung, Pensionsberechtigung und — das Disziplinarverfahren. (Daß auch dieses letztere dem Juristen Heine als ein „Recht“ erscheint, ist nicht verwunderlich. Daß es in Wirklichkeit ein auf tiefster Amoral beruhendes, aus der schwärzesten Reaktion stammendes Unrecht ist, ist den Beamten eben erst sichtbar gemacht worden.) Herr Heine aber erklärt: Wem dieser Zustand nicht genügt, der braucht eben nicht Beamter zu werden. Mit anderen Worten: Wer sich nicht fügt, der fliegt. Das war einst Praxis bei scharfmäckerischen Unternehmern und ist heute noch Praxis bei Herrn Groener und seiner höheren Bürokratie. Im Kopfe des Herrn Heine malt sich diese Welt als eine Welt des Rechts.

Während erklärt dieser stärkste Mann:

„Ein Versuch, durch Drohung und Arbeitserweigerung dem Staat Verpflichtungen aufzuzwingen, bedeutet, daß die verfassungsmäßige Vertretung des gesamten Volkes zugunsten der Gewalttätigkeit ihrer Beamten ausgetauscht wird. Der Beamte wird vom Diener des Staates zum Tyrannen des Volkes, er mißbraucht die ihm von der Gemeinschaft anvertraute Macht gegen seine Auftraggeber. Das würde uns politisch weit hinter die Zeiten der konstitutionellen und absoluten Monarchie zurück und müßte sein Vorbild in den Zeiten des Feudalismus suchen.“

Selbstverständlich beruft sich Heine auf Marx. Er nimmt für sich in Anspruch, „Heinen Marx“ allein richtig gelesen zu haben. Und dann erklärt er:

„Die Wurzeln der politischen und sozialen Ideale liegen tiefer in der menschlichen Natur und im Wesen der Gesellschaft, wenn auch das Verständnis der Massen für sie erst durch den Klassenkampf erweckt zu werden pflegt, indem sie ihnen als Banner und Waffe dienen. Soll etwas Dauerndes auch für die Klasse geschaffen werden, so muß die Klasse wieder in die politische Schaffende, in die produktive Gemeinschaft eingehen (In die gegenwärtig bestehende, vom Kapitalismus regierte und ausgebeutete „Gesellschaft“?). Keiner Klasse ist das in stärkerem Maße als in der Arbeiterklasse, die sich gemäß ihrer Lebens- und Arbeitsweise nicht isolieren kann.“ (Also ihr Heil und Ziel in der Harmonie mit den anderen Klassen der Gesellschaft, vornehmlich mit der Kapitalistenklasse suchen muß! Nicht wahr, Herr Heine?)

Es hätte keinen Sinn mit Herrn Heine zu polemisieren. Aber es war notwendig, diese Ausführungen, die in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ am besten untergebracht gewesen wären, der Arbeiterklasse zur Kenntnis zu bringen und Herrn Heine samt seinen sonderbaren Anschauungen niedriger zu hängen. Aus diesen Ausführungen spricht der reaktionäre Jurist, dem jedes Verständnis für soziale Notwendigkeiten und Zusammenhänge fehlt. Einer Regierung Helfferich, Hertig, Stinnes, falls sie einmal Laibsch werden sollte, empfehlen wir Herrn Heine für einen der einflussreichsten Ministerposten. Sein Befähigungsnachweis als Radminister in extremer Scharfmäckerlei liegt vor.

Kommunistische Jugenderziehung

Im Versammlungsanheiler der „Roten Fahne“ vom Montagabend ist folgende Ankündigung in Fettdruck zu lesen:

Kommunistische Jugend!

Schöneberg. Abends pünktlich 1/8 Uhr Referat des Herrn Hans Diebow, Leiter des „Deutschen Wochenblattes“, über „Wesen und Ziele des Antifaschismus“. Wir fordern alle Genossen, auch die anderer Stuppen, auf, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Jugendheim Schöneberg, Wartburgstr. Nr. 18.

Die Bajadere (Metropoltheater). Das Erfolgsbestimmende an dem Compagnon-Horizont von Julius Brommer und Alfred Grünwald sind die Manteleinwickler (vergl. Mantelartikel), also nicht der Kern, sondern die Schale. Es gibt keine Kotosnüsse zu knaden, — der alte, gewohnte, sentimentale Velerfahnenrhythmus (wenn die Pöbele nicht wäre), den Emmerich Kästner geschickt und unbedeutend harmonisiert und im Banne des Jazz-Bands (mit starker Bedienung des Schlagzeugs) instrumentiert hat. Inhänerung und Ausstattung unter der Anwaltschaft Friedmann-Zeederbergs sind verdammerlich. Mizzi Günther, die Krone! Bitte hier nicht mit der reicherreichlichen Valuta zu kombinieren) des müßtergütig eingestellten Ensembles überzogen gekonnt und schauspielerisch weit das Maß einer guten Operettenleistung. Otto Urad schwingt munter den Konjunkturalstab. P. W.

Die Hygiene der Tiere. Nach Dr. Zell in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift hat das unter natürlichen Verhältnissen lebende wilde Tier keine eigene Hygiene, deren angeborene Lehren es streng befolgt, oft zum Unlächeln vom Menschen, dem es in mancher Beziehung sogar weit voraus ist. Dies allein schon beim Wachstum, der sich beim wilden Tier einer ausgezeichneten Gesundheit erfreut, weil beim Kampf um das Weibchen nur die stärksten Männchen als Sieger hervorgehen. Den Schwächlingen, die der Mensch durch die Fütterung ernährt, die Venus und Bacchus gewähren, erliegt das Tier nie, weil einmal die Natur die Zeiten der Begattung beim wilden Tier ein für allemal geregelt hat. Dann spielt der Durst in der Tierwelt eine viel geringere Rolle als beim Menschen. Die meisten wilden Tiere brauchen wenig Wasser. Allerdings gibt es hier Ausnahmen. Die Affen, der Elefant, Insekten, manche Vögel berauschen sich manchmal an Alkohol, wenn sie Gelegenheit haben. Die Affen haben auch eine gewisse Vorliebe für Nikotin (Tabak). Auch in geschlechtlichem Genuß sind sie höchst unmaßig. Sie haben wie der Mensch keine bestimmte Brunnstzeit; die Männchen, namentlich die Papane, sind eigentlich immer brünstig. Auch hinsichtlich der Nahrungsaufnahme sind wilde Tiere recht maßig: ein Heberfresser kommt bei ihnen eigentlich nicht vor, wohl aber nicht selten bei Haustieren, die auch keine Brunnstzeit haben. Manche Gewohnheiten, die wir als ekelhaft und unhygienisch ansehen, haben ihren berechtigten Hintergrund. So hat das Speien des Hundes mit unierem Erbrechen nichts zu tun und ist auch keine Folge der Unmäßigkeit; Alle Rindern benutzen ihren Magen als Toilette. Ähnlich ist es mit dem Erbrechen mancher Vögel, z. B. des Reihers, das u. S. nur deshalb erfolgt, weil sie mit ihrem Magen letzteren fliegen. Das Wühlen der Wildschweine, Büffel, Stiere u. a. widerspricht keineswegs dem Keimlingsbedürfnis, das bei allen wilden Tieren ein großes ist; es dient lediglich — einfach und praktisch — dazu, sich von Insekten zu befreien. Wasser, Sand und Sonnenbäder sind bei manchen Tieren sehr beliebt, und anscheinend auch notwendig. Gefangene Enten z. B. geben ein, wenn man ihnen die Gelegenheit zu einem Sonnenbad nimmt. Alle Kräfte in Form der Bewegung sorgt der Hunger, häufig der Durst, die Wärme und Reibung; ebenso für die Stärkung der Sinne, die bei jungen Tieren durch das Spiel erfolgt. Auch in der Zweckmäßigkeit der

Diebow ist verantwortlicher Leiter des von Krüppel-Lunge herausgegebenen „Deutschen Wochenblattes“. Einer der würdigen Repräsentanten des wilden Radikalismus er scheint den Kommunisten also als ein geeigneter Erzieher ihrer Jugend. Die Jugend ist die Zukunft, heißt es. Ueber das Wesen des Kommunismus in der Gegenwart weiß man auf Grund von Beobachtungen genug, auf den Kommunismus der Zukunft werden reichliche Perspektiven eröffnet durch diese Rolle. Die heranwachsende Generation des Kommunismus wird auf ihre Laten vorbereitet durch Krüppel-Lunge und Genossen. Wir gratulieren!

Für die gleitende Skala

Uns wird geschrieben: Ueber das heut recht ernsthaft und vorzüglich zu behandelnde Problem herrscht in der Öffentlichkeit, wie der Artikel von Lindow im „Vorwärts“ beweist, große Unklarheit. Die dort dargelegten Bedenken sind außer halb genügendere Kenntnis der behandelten Materie entpungen.

Die gleitende Skala wird weiten Volksschichten zum Segen gereichen, wenn dieses Prinzip auf der richtigen Basis aufgebaut wird, nämlich so, daß das arundlegende Ernährungsminimum — das Hauptzielobjekt — der Forderung wirklich ausreichender Ernährung gerecht wird. Da die bisher festgelegten Minima dieser Forderung fimgemäß nicht entsprechen, ist eine andere Grundlage in Vorbereitung.

Es läßt sich geistlich festlegen, daß die gleitende Skala einer etwigen Preislenkung nur verzögert folgt, so daß die Einkommen stets etwas über dem Existenzminimum stehen. Der überstehende Betrag wird allmählich die Kaufkraft der breiten Schichten ohne Erschütterungen der Wirtschaft heben und sie — nach Jahren wohl erst — auf normale Höhe bringen. Dieser Moment der vollensten Stabilisierung kann jedoch erst dann eintreten, wenn nach Stillung des jetzt durch die Unterernährung und Verarmung bedingten Warenhungers durch die erreichte normale Bedarfsdeckung das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Nahrungsmittelmarkt hergestellt ist. Dies erscheint heute noch in weiter Ferne, und so wird die gleitende Skala — auf Jahre hinaus vielleicht — vorwiegend steigende Tendenz aufweisen. Eine Preislenkung kann unter heutigen Verhältnissen nur kurz anhalten. Sie hat sofort eine Konsumtionssteigerung im Gefolge und diese ist die Ursache erneuten Anstiegs der Preise. Die gleitende Skala muß hier durch richtige Bemessung des das Minimum überschreitenden Betrages regulierend wirken. Sie wird die sprunghafte Bewegung in ruhiger Bahnen leiten — sehr zum Nutzen der Allgemeinheit. Die Gewerkschaften werden ihren fröhlichstigen Kampfesgeist, von dem Lindow sprach, im jetzigen Augenblick darauf zu richten haben, daß die Basis, auf welcher die gleitende Skala aufgebaut wird, nicht zu niedrig gesetzt wird. Wenn dieses erreicht ist, werden die Gewerkschaften große Kräfte zu mobilisieren haben, um für ihre Mitglieder kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten zu erstreiten.

Ein Opfer der Kriegsjustiz

Angeheures Aufsehen löst es gegenwärtig in Frankreich aus, daß der frühere Abgeordnete Paul Meunier, der länger als zwei Jahre unter der Anklage des Hochverrats im Gefängnis gehalten wurde, vom Gericht in Freiheit gesetzt werden mußte, weil sich keine Anhaltspunkte für die Aufrechterhaltung der Anklage ergaben.

Meunier ist ebenso wie der frühere Ministerpräsident Coillaud ein Opfer der Willkürherrschaft Clemenceaus, der mit den skrupellosesten Mitteln gegen seine politischen Gegner vorging. Meunier, der als linksdemokratischer Abgeordneter sich durch sein mutiges Eintreten für den Führer des Arbeiterverbandes in Havre ein großes Ansehen bei der Arbeiterklasse verschafft hatte, nahm während des Krieges den Kampf gegen Clemenceau auf, um einen Verständigungsfrieden herbeizuführen. Als Clemenceau Ministerpräsident wurde, erhob er gegen Meunier die Anklage, mit dem deutschen Gesandten in Bern in Verbindung getreten zu sein. Meunier wurde zusammen mit seiner Geliebten, Frau de Ravisi, verhaftet und unter die Anklage des Hochverrats gestellt. Die Gewerkschaften und die sozialistische Partei setzten sich energisch für ihn ein und entfesselten zusammen mit der Liga für Menschenrechte eine Campaigne,

um seine Freilassung zu erzielen. Durch die jetzige Entscheidung der Untersuchungskammer, die die Freilassung Meuniers beschloß, ist die Haftlosigkeit der Anklage Clemenceaus erwiesen. Die Schändlichkeit der nationalistischen Rachejustiz gegen unbedeutende politische Gegner wird durch den Prozeß Meunier aufs neue in trefflicher Weise illustriert.

EE. Paris, 22. Februar.

Als gestern (spät abends) in den Wandelgängen der Kammer die Nachricht von der Freisprechung Paul Meuniers und seiner Geliebten, Frau Ravisi, von der durch Clemenceau gegen sie erhobenen Anklage wegen des Landesverrats entlastet, löste sie gewaltige Erregung aus. Man erklärte es nach den jetzigen Feststellungen für einfach ungläublich, wie es möglich gewesen sein konnte, daß Meunier 26 Monate in Untersuchungshaft behalten wurde. Allgemein wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß Meunier ein Opfer der Willkür Clemenceaus geworden sei, der seine Macht als Ministerpräsident dazu benutzte, einen unbedeutenden politischen Gegner abzubauen. Wie lautet, wird Meunier jetzt seinerseits gegen Clemenceau wegen willkürlicher Festsetzung die Anklage erheben.

Kampfrüstungen der italienischen Gewerkschaften

Rom, 22. Februar. (Int.)

Auf Anregung der Eisenbahnergewerkschaft, die sich in einer vorhergehenden Besprechung der Unterstützung der politischen Arbeiterparteien versichert hatte, tagte vom 19. bis 21. Februar in Rom eine Konferenz der auf den Boden des Klassenkampfes stehenden gewerkschaftlichen Organisationen. Anwesend waren Vertreter des italienischen Gewerkschaftsbundes, der Unione Sindacale Italiana und des italienischen Arbeiterverbandes sowie der Eisenbahnergewerkschaft und der Gewerkschaft der Hafenarbeiter. Der Zweck der Besprechung war die Schaffung einer „Alliance der Arbeiter als gemeinsames Abwehrmittel gegen alle Angriffe auf die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten“. In einer Resolution, die die Konferenz zustimmte, wird erklärt, daß im gegenwärtigen Augenblick die Einigkeit aller Kräfte der Arbeiterklasse besonders notwendig sei, um den vereinigten Kräften der Reaktion entgegenzutreten, und die Wiederherstellung der öffentlichen Freiheiten und die Erhaltung der erworbenen ökonomischen und politischen Rechte zu erkämpfen. Zur Erreichung dieses Zweckes erachte die Konferenz die Bildung eines Landeskomitees notwendig, dem alle Organisationen angehören sollen. Kein gewerkschaftliches Mittel, insbesondere der Generalstreik dürfe außer Acht gelassen werden. Das von der Konferenz gewählte Landeskomitee besteht aus fünf Vertretern des italienischen Gewerkschaftsbundes und je zwei Vertretern der übrigen Organisationen.

Der Bukarester Kommunistenprozeß

Bukarest, 21. Februar. (Int.)

Die 270 Sozialisten, die vor dem Militärgericht unter der Anklage des Hochverrats oder der Beteiligung an Attentaten stehen, befinden sich bereits seit mehreren Tagen im Hungerstreik. Während der Verhandlungen brechen zahlreiche Angeklagte abmüchtig zusammen. Ministerpräsident Bratianu, bei dem die Verteidiger intervenierten, weigerte sich, irgend etwas gegen die grausame Behandlung der Angeklagten zu unternehmen. Trotzdem scheint dieser Protest und die Erregung der Arbeiterklasse bewirkt zu haben, daß das Gericht noch während der Verhandlungen 80 Angeklagte, die sich zum Teil schon viele Monate in Untersuchungshaft befinden, freiließ.

Das kommunistische Pariser Blatt „L'Humanité“ und das Londoner Arbeiterorgan „Daily Herald“ sind in Rumänien verboten worden, weil sie Artikel über die rumänische Militärdiktatur veröffentlicht haben.

Sinnfeinkonvent in Dublin

Dublin, 21. Februar.

Heute ist hier der Konvent der Sinnfeinkonvention unter dem Vorsitz von Balera's zusammengetreten, um darüber Beschluß zu fassen, ob der Konvent dem englischen Verträge zugestimmt. Eine von de Valera vorgeschlagene Entschließung lautet u. a.: Solange die internationale Anerkennung Irlands als unabhängige Republik nicht erreicht ist, wird die Sinnfeinkonvention fortfahren, auf das Ziel der Anerkennung der Republik hinzuwirken. Bei den nächsten Parlamentswahlen wird die Organisation nur die Kandidaten unterstützen, die sich verpflichten, dem König keinen Treueid zu leisten und die Zugehörigkeit Irlands zur britischen Krone nicht anzuerkennen. — Griffligh brachte seinerseits eine Entschließung ein, in der der englisch-irische Vertrag gebilligt wird, da er dem irischen Volk die volle Freiheit gebe.

Kleine Nachrichten

Die getriebene Staatsautorität, von der Strafkammer zu Limburg a. d. Lahn wurde der Frankfurter Kommunist Gustav Hoff wegen einer in öffentlicher Volksversammlung gehaltenen Rede, in der er zum Sturz der Regierung und zum Anschluß an Sowjetrußland aufgefordert hatte, auf Grund des § 130 (Aufreizung zum Klassenhaß) zu 6000 M. Geldstrafe verurteilt.

Die italienische Radikalklasse. Nachdem Gioiitti dem König mitgeteilt hatte, daß ihm die Bildung des Kabinetts nicht gelungen sei, wurde De Nicola mit der Kabinettsbildung betraut. De Nicola hat den Auftrag angenommen. Es hat den Anschein, daß sowohl die sozialistische Volkspartei, wie die Demokraten und die Reformsozialisten De Nicola unterstützen werden.

Verstärkung im bälischen Arbeiterlokall. Im Konflikt zwischen den bälischen Arbeitern und Arbeitgebern ist eine Verstärkung eingetreten. Die Verhandlungen mit der Hafenarbeiterorganisation, sind gescheitert. Inzwischen haben die Arbeiterlokallarbeiter, 2000 an der Zahl, die Forderungen der Vergleichskommission abgelehnt. Es ist demnach damit zu rechnen, daß der Konflikt bis zu Ende durchgeklämpft werden muß.

Aus der Partei

Durch die agnerische Breche geht die Rolle, daß die Berliner Druckerei G. m. b. H. für 8 Millionen Mark verkauft sei. Daran ist die Bemerkung geknüpft, daß die Druckerei Eigentum der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sei.

Diese Meldung ist irrig. Die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei ist ebenso wenig wie unsere Berliner Organisation an der Berliner Druckerei finanziell beteiligt. Wichtig ist nur, daß in dieser Druckerei die „Freiheit“ hergestellt wurde, richtig ist auch, daß die Berliner Druckerei von Anfang an wegen zu geringen Betriebskapitals mit finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen hatte, und daß dieserhalb der Verkauf der Druckerei für circa 8 Millionen Mark erfolgte.

Das Grundkapital ist bereits vor einiger Zeit durch Verkauf an die Reichsbank übergegangen. Die Verlagsorganisation „Freiheit“ ist ein Unternehmen für sich. Die von den Genossen gezeichneten Anteile à 20 Mark sind nur in diesem Unternehmen angelegt.

Kleidung ist das Tier dem Menschen überlegen, die Fortschaffung der Fäkalien besorgt es instinktiv.

Eine deutsche Schulanstellung. Auf der mitteldeutschen Ausstellung in Magdeburg, die vom Juni bis September dieses Jahres stattfindet, wird auch eine großartige Sonderausstellung zu finden sein, die den Titel „Die deutsche Schule“ führt. Diese Sonderausstellung, deren Organisation von den namhaftesten Fachleuten in einem besonderen Arbeitsausschuß unternommen wird, zerfällt in zwei Abteilungen. Die erste gibt einen Ueberblick über die neuzeitlichen Hilfsmittel, die die Lehrmittelindustrie auf dem Gebiete des Unterrichtes und der Erziehung geschaffen hat. Die zweite Abteilung, die von einer Reihe von Lehrerverbänden und Schulfachvereinigungen ins Leben gerufen ist, behandelt die verschiedensten Gebiete der Schule, beginnt mit einem historischen Ueberblick über Lehr- und Lernmittel aller Zeit, behandelt dann die Themen: Kindergarten, Volksschule, Hilfsschulen, Fortbildungsschule, Berufsschule, die höheren Schulen, Volkshochschule, Universität, Spiel und Sport, Inwendwandern und Jugendherbergen, das häusliche Schulwesen. Während der Ausstellung werden eine Reihe von Tagungen stattfinden, u. a. eine vom Preussischen Lehrerverein vorbereitete „Schulpädagogische und pädagogische Woche“.

Tages-Notizen

Sprech-Chor für die Proletarischen Arbeiterkinder. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Uebungsstunde im Seidler-Neckelpfandhaus, Seidestraße.

Neues Volkstheater. Bei der am Sonnabend stattfindenden Schauspielführung von Max Hildebrand „Hilf mir“ werden in den Hauptrollen mitwirken die Damen: Rosa Dierckheim, Gertraud Kania sowie die Herren: Kasal Lange, Fritz Wien, Friedrich Lobe und Fritz Hill.

Volkshochschulfeier. Frau Elise „Paul“-Schwepcke für großen Dank. Theaterfest. Die Schauspieler des Volkstheaters, Sonntag, den 24. Februar, mittags 12 1/2 Uhr, im Theater am Waldpark unter Leitung von Hermann Scherchen mit dem berühmten Musikdirektor zur Aufführung. Außerdem Richard Strauss' „Impassioned Dichtung „Der Jense“.

Vertrauens-Trip. Einmal Kopenhagen! Freitag, Donnerstags, 7 1/2 Uhr, in der Halle der Gemeindehalle in Hildersheimstraße. Berliner Str. 11, über Raul und Jugendkolle.

Die Ausstellung selbstgefertigter Spielkarten und Gebrauchsgegenstände aus den Karten des Reichs II an dem Westpavillon und ferner am Sonntag, den 26. Februar, nachmittags 3—5 Uhr, gefällig.

Kommunistische Besetzung des Reichstages. Der von Staatsrat Kahlert-Großartig angelegte Reichstag-Vertrag, der unter Mitwirkung von vier Mitgliedern des Reichstages, die den höchsten Operativen Posten, wird Donnerstag in Leipzig, Humboldtstraße, abgeschlossen.

Die Arbeiter-Verbandsorganisation. (Vorbereitung der 10. Arbeitstagung der Arbeiter-Verbandsorganisation) wird die K. K. U. ihre Klänge zeitweise zu schließen. Am 10. und 11. März wird die Tagung wieder nachmittags von 1—7 1/2 Uhr, Sonntag von 10—7 1/2 Uhr gefällig. Gegenwärtig haben folgende Arbeiter ihre neuen Werke gemeinsam mit Bildern und Wäskeln von Kompartunisten, Ullrich, Schneider, Schiller, Waidmann, Verbeuten und weiter geschickt aus.

Kleiner Mittelweg. Die maßgebende Instanz des Reichstages, Reichsrat (München) den Kaufpreis für den Reichstags-Verband zu die Förderung der Jugendstrategie.

Geist vom Geiste Knüppel-Kunzes

Wieder ein Hereinfall des Pogromapostels

Im Dezember vorigen Jahres brachten wir in der „Freiheit“ eine Notiz, betitelt „Koschere Menschenfleischwurst“. Sie handelte von einem Flugblatt, das damals in Berlin verbreitet wurde und in dem gegen jüdische Ärzte der Vorwurf erhoben wurde, sie behandelten ihre Kranken nicht sachgemäß, sondern kurrerten sie zu Tode, um dann ihre Leichen zu zerhacken und das Fleisch an Pferdebeschlächtereien zu verkaufen.

Das Flugblatt doch bedenklich nach Knüppel-Kunze. Wir erlaubten uns daher geziemend darauf hinzuweisen, daß das Flugblatt, welches geeignet war, eine richtige Prognose zu erzeugen, Geist vom Geiste Knüppel-Kunzes sei. Darauf hin erhob Knüppel-Kunze durch seinen Anwalt gegen unseren verantwortlichen Redakteur, Genossen Rudner, Privatklage beim Schöffengericht Berlin-Mitte. Vom Genossen Rudner und seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Boehm, wurde im Vorverfahren eingewandt, daß man nach der ganzen politischen Vergangenheit Knüppel-Kunzes ohne weiteres ihn für den Verbreiter dieses Flugblattes halten konnte, und daß daher eine Beleidigung Knüppel-Kunzes in dem Ausdruck: „Das Flugblatt trage seinen Geist in sich“, nicht erblidet werden könne. Das Gericht wies denn auch den Antrag Knüppel-Kunzes kostenpflichtig ab, ohne erst einen Hauptverhandlungstermin anzuberaumen.

Wir bedauern lebhaft, daß es in diesem Falle nicht zur Eröffnung des Hauptverfahrens gekommen ist, da wir vor Gericht gern einmal den „politischen“ Kampf des Herrn Kunze beleuchtet hätten. Herr Kunze steht aber gegen den Einstellungsbescheid des Beschwörsers recht zu. Warten wir ab, ob er davon Gebrauch machen wird.

Auch ein Opfer der Wohnungsnot

Mordversuch an Frau und Schwiegermutter

Wie verhängnisvoll die Schwiegermutter einer jungen Ehe werden kann, ist ja bekannt. Daß sich die Gefahr ins Ungeheuerliche steigert, wenn sich zu diesem unheilvollen Element noch die Wohnungsnot gesellt, zeigte neuerdings eine Gerichtsverhandlung.

Der Kaufmann Kurt F. war schon von der Natur fleischfressend behaftet worden. Dank der Trunksucht seines Vaters kam er als ziemlich schwachsinntiges Geschöpf zur Welt und litt in der frühesten Kindheit an epileptischen Krämpfen. Wenn er in der Schule es auch schwer hatte, mit seinen Altersgenossen Schritt zu halten, so errang er sich doch in seinem Beruf durch seine Gewissenhaftigkeit eine mehr oder weniger gesicherte Position. In Berlin lernte er eine junge Kunstmalerin kennen, die er heiratete. Als der junge Ehemann durch die unheilvollen Wohnungsverhältnisse gezwungen wurde, die Wohnung seiner Schwiegermutter zu beziehen, war das Unglück da. Es kam zu täglichen Reibereien schlimmster Art, denen der physisch wenig widerstandsfähige, eigenhändige und leicht reizbare F. sich nicht gewachsen zeigte. Auch sonst ist es ja nicht leicht, einer Schwiegermutter gegenüber das Kammerfeld zu behaupten, ganz unmöglich wird es jedoch, wenn der Ort der Handlung die Wohnung der Schwiegermutter ist. Der F. ließ sich dazu hinreißen, in wenig ritterlicher wie anständiger Weise der Frau ihre uneheliche Geburt vorzuwerfen und auch die Schwiegermutter aufs tiefste zu beleidigen. Der Vater machte einen Vorschlag zur Güte: die jungen Eheleute mögen sich scheiden lassen. Die junge Frau schloß bereits nicht mehr im Zimmer des Mannes. Die schwüle Stimmung im Hause wurde immer drückender. Ihren Siedepunkt erreichte sie, als zu der Beleidigungslage, die von der Schwiegermutter angezettelt war, und zur Ehescheidungsfrage noch der Beschluß des Nichteinigungsamtes hinzu kam, laut dem der F. die Wohnung verlassen sollte.

In seiner Unfähigkeit, aus dieser trüben Situation einen Ausweg zu finden, begann F. das für ihn an Gräßlichkeit und Zwangsverhältnisse leidenden Menschen im gefährlichen Gedankenfeld zu treiben: Frau und Schwiegermutter zu töten und sich selbst das Leben zu nehmen. Das erschien ihm als natürliches Ende in dieser unerquicklichen Situation.

Der Rechtsanwalt Bahn, der die Ehescheidungsfrage der Frau führte, und dem sie ihr Leid klagte, meinte: Hunde, die da bellen, beißen nicht. Er vergaß, daß tolle Hunde doch beißen, besonders wenn sie die Gestalt des Menschen angenommen haben und noch dazu der Alkoholteufel seine Finger im Spiel hat. Am Sonntag, nach dem für den F. so ungünstig verlaufenen Termin im Nichteinigungsamt, kam es in der Küche wie gewöhnlich zu einem Wortwechsel zwischen allen beteiligten Personen. Dabei fielen Schelte, die die Frau nur leicht streift und die Schwiegermutter in den Unterleib traf. Hinterher wurde der Angeklagte mit einem Kopfschlag, der ihm das Gehirn verletzete, in seinem Zimmer aufgefunden. Der Revolver war zu niedrig angelegt, und F. blieb somit am Leben.

Aus dem Gefängnis schrieb er der Frau Briefe voll überschwenglicher Liebe. Die Sachverständigen sprachen über verminderte Zurechnungsfähigkeit und über eine ausgeprochen erblich belastete und psychopathische Konstitution. Das Schwurgericht, Landgericht III, verneinte alle Schuldfragen. Somit war F. freigesprochen.

Dieser Freispruch ist gerechtfertigt. Es liegt mehr ein Unglück als ein Verbrechen vor. Ob jedoch dieser Mensch, der den einschüchtern Lebensverhältnissen nicht gewachsen ist, der weder zu leben noch zu sterben verstand, nicht wieder in irgendeinem Konflikt hineintreten wird, mag dahingestellt bleiben.

Bereiteter Raubmord. Durch ein Dienstmädchen, das durch allerhand Vorwürfe in die Hände von Verdrehern geraten war, konnte im letzten Augenblick ein Kapitalverbrechen verhindert werden. Die Arbeiter Hermann Jach und Richard Wendt hatten in Erfahrung gebracht, daß die 74-jährige Frau Heimann aus der Lenekosstraße 7 nur mit ihrem Dienstmädchen in der Wohnung weilt. Diese Kenntnis brachte die Verbrecher auf den Gedanken, sich dem Mädchen zu nähern, um mit seiner Hilfe einen Raubzug bei der Greisin vorzunehmen. Anfanglich ging alles glatt, indessen bekam das Mädchen im letzten Augenblick Gewissensbisse und verziet den Plan der Polizei. Auf diese Weise gelang es, die Verbrecher, die alle Vorbereitungen bereits getroffen hatten, kurz vor der Tat in der Wohnung zu verhaften.

Der Morphium in Wöhensee. Der Kaufmann Stemmel verübte seinerzeit in Wöhensee eine Gefängnisstrafe von 2½ Jahren wegen Urkundenfälschung. Er ist ein schwerkranker Mann und trägt ein künstliches Bein. Er wurde, da er viele Schmerzen auszuhalten hatte, Morphium. Bei seiner Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis hatte er außer 4000 bis 5000 Mark nach seiner Angabe 250 Ampullen Morphium bei sich, die er in seinem künstlichen Bein verborgen hatte. Als sein Portier erschöpft war, liehen sich die Hilfswachmeister Leidenrost und Thiel durch Geldzuwendungen verleiten, ihm außer Morphium auch Alkohol, Zigaretten und Geldmittel zu leisten. Als Stemmel in das Gefängnis III verlegt wurde, übernahm Kommissar die Liebesdienste. Die Genannten haben gefordert, vor der Strafkammer des Landgerichts III. Stemmel wurde auf Grund des § 51 Strafgesetzbuchs und Leidenskost aus tatsächlichen Gründen freigesprochen. Die beiden anderen Angeklagten wurden zu je 200 Mark Geldstrafe verurteilt mit Rücksicht darauf, daß sie ihr Amt verloren und den Leistungen des Stemmel unterlegen seien.

Friedrichshagen. Die von den sozialistischen Elternbeiräten veranstaltete Jugendweife findet am 26. März, vormittags 10 Uhr, in der Aula statt. Anmeldungen sowie Entnahme von Einladungskarten sind beim Genossen Witte, Kluthstr. 25, zu erledigen.

Gewerkschaftliches

Maßregelungen im Deutschen Eisenbahnerverband

Protest der Funktionäre gegen die Abhebung des Ortsvorstandes

Die Nachkänge des Eisenbahnerstreiks kamen in der Fortsetzung der Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes am 21. Februar in den Sophienhallen zum Austrag. Genosse Knebel berichtete, nachdem man von der Diskussion des Geschäftsberichts Abstand genommen hatte, über die Verhandlungen mit dem Hauptvorstand. Der Ortsvorstand ist zum 20. Februar zur Urteilsgegennahme berufen worden, da er sich bereit erklärt hatte, bei einem Streikbescheid der Funktionäre sich an die Spitze des Kampfes zu stellen. Die Ortsgruppe Berlin des D. E. V. hatte beschlossen, sich mit den streikenden Eisenbahnbeamten solidarisch zu erklären und war in den Sympathiestreik eingetreten. Der Streik ist nicht vom Hauptvorstand sanktioniert worden und man will nunmehr die Leitung der Ortsgruppe beibehalten, da sie die Mitgliedschaft nicht zur gewerkschaftlichen Disziplin erzogen haben. Der Hauptvorstand hat einstimmig beschlossen, den Bezirksleiter Genossen Knebel nach Gleich zu versetzen, den 1. Bevollmächtigten Schulz abzusehen und als Bezirksleiter zu verwenden. Man will zwei starke Männer als Leiter der Ortsgruppe Berlin einziehen, die die Ortsgruppe zügeln sollen. Sämtliche Vorstandsmitglieder stellen sich hinter die Maßregelungen. Man erklärte vom leiten des Hauptvorstandes, daß man, wie in Köln und Trier, zu einer Auflösung der Ortsgruppe schreiten und bei der Neugründung die Ausschreitungen auf Herz und Nieren prüfen würde, falls die Mitgliedschaft sich nicht löst. Den Kollegen Linke hat man aus dem Verbande ausgeschlossen, da er in einer öffentlichen Versammlung seiner Meinung frei Ausdruck gegeben hatte. Im Herbst findet der Verbandstag statt und es wird die Berliner Mitgliedschaft dort ihre Interessen energisch vertreten müssen. Die Verwaltung hat alles für den Verband und die Mitglieder getan und ist aufrecht den Weg für die Eisenbahner gegangen.

In einer äußerst hitzigen Debatte wandten sich alle Redner gegen die Beschlüsse des Hauptvorstandes. Auf keinen Fall darf die Mitgliedschaft sich diese Diktatur gefallen lassen. Redner aller drei Fraktionen mißbilligten in schärfster Form die Pflicht, der Berliner Ortsgruppe einen Vorstoß gegen den Willen der Mitglieder einzusetzen. Besonders scharfe Worte fand Müller (S. P. D.), der erklärte, noch keinen Arbeitnehmer so sprechen gehört zu haben, wie die eigene Verbandsleitung sich äußerte. Auch die Kollegen der S. P. D. werden hinter der Ortsverwaltung stehen, die vom Vertrauen der Mitglieder getragen ist. Im Schlußwort erklärte Genosse Schulz, daß es sich um keine Personenfrage handelt und die Ortsverwaltung auf jeder Stelle für die Organisation weiterarbeiten wird.

Es wurde beschlossen, in den Betrieben Bericht zu erstatten und am Freitag, den 24. Februar, 6 Uhr, auf einer Generalversammlung in Kleins Reklän die Wahl der Ortsverwaltung vorzunehmen. Mit einem kräftigen Hoch auf die zutage getretene Einigkeit der Eisenbahner schloß die Versammlung.

Wenn der Hauptvorstand auch das statutarische Recht hat, hier einzuzugreifen, so halten wir eine solche Vorkriegsmaßnahme für total verfehlt, die geeignet ist, nur Unruhe zu schaffen und die erregten Gemüter in diesem Zustande zu erhalten. Der Hauptvorstand war schlecht beraten, diese Methode zu wählen und er täte gut, die ganze Aktion rückgängig zu machen.

Unlautere Methoden bei Betriebsrätewahlen!

A. H. Wir haben vor einigen Wochen darauf hingewiesen, wie von den Kommunisten durch schlaue Tricks versucht wird, bei den kommenden Betriebsrätewahlen möglichst viele Mandate auf Kräfte der — anderen Parteien davonzutragen. Wir haben besonders hervor, daß man unter dem Deckmantel der „Einheitsfront“ für freigewerkschaftliche Listen eintreten wolle. Einziges der bisherigen Werbung wollte man in jenen Kreisen die Kandidaten, nachdem sie von den Funktionären der Betriebe vorgeschlagen, in einer Betriebsversammlung beschließen lassen. Wir haben, nach den Erfahrungen, die unsere Genossen im Laufe der Zeit mit den Kommunisten gemacht haben, diese gewarnt, nicht auf den Boden dieser sogenannten Einheitsfront zu treten. Wenn eine Verständigung auf freigewerkschaftlicher Grundlage möglich ist, so könnte man sich eine Betriebsversammlung zu diesem Zweck ersparen.

Wie recht wir mit dieser Ansicht hatten, zeigen einige Vorgänge der letzten Zeit. Bebercht von dem Gedanken, den ewigen Parteistreit endlich zu begraben, verständigten sich die drei Richtungen über Art und Zahl der Kandidaten 3. S. P. D., 3. SPD., 2 Kandidaten. Des Heben Friedens willen wurde auch in eine Betriebsversammlung eingewilligt. Hier wurde nun die bekannte Eisenbarikade an der Einheitsfront vorgenommen. Durch vorgegebene Redner wurde alles, was nicht auf Moskau schwört, in den Dreck gezogen und als „Verräter“ gebrandmarkt. Nach Stundenlangen Diskussionen hatte man dann die meisten Arbeiter hinausgeschickt und es blieb das Häuflein unentwegter Kommunisten zurück, die nun als „Betriebsversammlung“ die Vorschläge „ergänzten“. Daß hierbei natürlich außer den SPD-Kandidaten nicht viel übrigblieb, versteht sich am Rande. Dieser Vorgang zeigt, mit welchen Mitteln gearbeitet wird und wie man sich nicht scheut, Dinge, die dem Arbeiter heilig sind, nämlich die Einigkeit und Solidarität, zu mißbrauchen, nur um für sich ein Parteistückchen herauszuholen. Eine solche Einheitsfront können unsere Genossen ab und werden in solchen Fällen eigene Listen aufstellen. Wer dann am weitesten kommt, werden unsere sogenannten linken Freunde bald genug merken.

Dieser Beitrag eines aktiven Gewerkschaftlers zeigt nur zu deutlich die Unaufrichtigkeit der Kommunisten, die unter allen möglichen Vorwänden an die „Seele“ der Arbeiterschaft heranwollen, um sie letzten Endes zu vergiften. Die Kommunisten, wenigstens in Berlin, vernichten demnach jede Hoffnung auf irgendeine Zusammenarbeit. Dieser zwingende Schluß ergibt sich aus obigen Darlegungen.

Generalversammlung der Gärtner

Am 23. 1. und 20. 2. tagte die Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1921 wurde von Bernotat erstattet. Er schilderte eingehend die Verhältnisse in den einzelnen Branchen, erwähnte mehrere Streiks und die Zustände der Unternehmer, die fast überall ungenügend waren. Ein beabsichtigter Lohnabbau wurde abgewehrt, und abgesehen vom Streik der Friedhofsgärtner wurden die eingeleiteten Bewegungen erfolgreich beendet. Auf den Friedhöfen verfuhr es nun die arbeitslose Organisation mit Hilfe der Kirchengemeinden festen Fuß zu fassen, ohne jedoch einen nennenswerten Anhang zu gewinnen.

Der Kassenbericht wurde von dem Kassierer Saat gegeben. Er wies darauf hin, daß die Ortsverwaltung an Streit-, Arbeitslosen-, Krankenunterstützung usw. 200 842.— M. verausgabt hat. Trotz großer Belastung der Ortskasse war es möglich, allen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Eine Beitragserhöhung sei jedoch nicht zu vermeiden. Die vorgeschlagene Beitragserhöhung des Ortsvorstandes wurde angenommen. Bei einem

Stundenlohn von 10.— M. soll ein Beitrag von 8.— M. erhoben werden. Die Neuwahl des Ortsvorstandes ergab die einstimmige Festlegung der Angehörigen. Als unbedeutende Vorstandsmitglieder wurden die Kollegen Bodenauer, Kohlmeier, Müller, Franz Schmid, Johann Schmidt, Treumann und Trumpf gewählt. Die Diskussion beschäftigte sich mit den Vorgängen beim Streit der städtischen Arbeiter. Das Verhalten der Vorsitzenden der Spinnorganisationen sowie die Stellungnahme des „Vorwärts“ und der „Freiheit“ wurde verurteilt. Eine eingebrachte Mißtrauensresolution wurde aber abgelehnt. Erfreulicherweise wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß trotz der erlittenen Schlappe der Austritt aus der Organisation nicht gut geheißen werden könne. Vielmehr sei mit Rücksicht auf die zu erwartenden kommenden Kämpfe eine Stärkung der Organisation unbedingt erforderlich.

Annahme des Schiedspruchs im Gastwirtsgewerbe durch die Arbeitnehmer

Entsprechend den, in den öffentlichen Versammlungen der vergangenen Woche erteilten Vollmachten über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches des Reichsarbeitsministeriums vom 15. Februar endgültig zu entscheiden, hat der Kartellvorstand des Kartells der im Gastwirtsgewerbe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen beschlossen, den Schiedspruch trotz seiner großen Mängel anzunehmen, um den von ihm vorgeschlagenen Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, baldigt in den Besitz der Feuerungsanlagen zu kommen. Damit hat die Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe zunächst einen friedlichen Abschluß gefunden. Bei dieser Gelegenheit muß Protest gegen die leichtfertige Berücksichtigung der „Koten Payne“ eingelegt werden, die in ihrer Nummer vom Freitag abend behauptete, der Schiedspruch sei in den öffentlichen Versammlungen der Arbeitnehmer abgelehnt worden.

H. S. P. D., S. P. D. Gastwirtsgewerkschaft! Freitag, den 24. Februar 22. vormittags 10 Uhr, im Rosenhaller Hof, Rosenhaller Straße 11/12, Versammlung der nicht zur S. P. D. gehörenden Delegierten zur Generalversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung am 1. März 22.

Eine neue Spielart der Gewinnbeteiligung. Zu den hundert bereits vorhandenen Systemen der Gewinnbeteiligung der Arbeiter soll nun das neueste hinzukommen, das von einer großen englischen Badwarenfabrik eingeführt wird! Außer den Dividenden auf Kleinaktien erhalten die Arbeiter noch gratis das Recht auf Lebensversicherung, auf Mutterschaftsversicherung und auf unentgeltliches Behalten der Fabrikaktien! — Einfacher wäre es allerdings, alle diese Gaben, schlicht in erhöhter Höhe einzubehalten und das übrige dem Arbeiter und der Beschäftigungstätigkeit des Staates und der Gewerkschaften zu überlassen. Dann ginge aber die sentimentale Bedeutung der Gewinnbeteiligung ganz verloren.

Jugendbewegung

Mittwoch, 22. Februar
3. Abteil. Heute abend 7 Uhr Frauenabend bei Frau, Ullrichstr. 21. Bericht von der Reichsleiterin.

Donnerstag, 23. Februar
6. Abteil. Prof. Dr. J. J. J. 1/2 Uhr Sitzung der Mitglieder der J. J. J. — Zeitungen für Februar können von den Gruppen abgeholt werden.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, 23. Februar
7. Abteil. Die Generalversammlung findet abends 7 Uhr in der Schulstraße 40, statt. Die Parteileiter haben eingeladen.

Freitag, 24. Februar
10. Abteil. Elternbeiräte. Abends 7 Uhr Sitzung aller 10. Elternbeiräte, Lehrer und Interessenten in der Aula Diefenbachstr. 31-32.

Sonntag, 25. Februar
15. Vermählungsfeier. Nachm. 4—7 Uhr Abbruchung der Vermählungsfeier beim Genossen Böhm. Partei- und Hauskommissionen sind unbedingt abzurufen.

Bereinskalender

Freitag, 24. Februar
Zentralverband der Angestellten. Chemische Industrie. Abends 7½ Uhr 1921-22. Jahresversammlung im Reichshaus, Neue Königsstr. 20, Kapplerstr. 10. Die Mitgliedsversammlung im Zentralverband der Angestellten, Zwickauer Kirchhofstr. 63-64.

Sonntag, 25. Februar
Kindergruppe Milmersdorf. 4. H. H. H. „Kameradschaft“. Sonntag, Abends 8 Uhr, Helmarische Str. 22-24. Anfang pünktl. 6½ Uhr. Eintritt 2,50 M., Kinder 50 Pf.

Verantwortlich für Text und Druck: Dr. Paul Herz, Charlottenburg, für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaftliches: Dr. Paul Herz, Charlottenburg, für den Interzonalen und gewerkschaftlichen Wirtsch. und Kultur. Berlin — Berlinersrasenstraße 10, 6 u. 8. Berlin — Traud der Berliner Druckerei G. m. b. H. Berlin C 2, Breite Straße 6-8.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin • N 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Donnerstag, den 23. Februar 1922, nachmittags 5 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdener Straße 45

Brandenverversammlung der Gold- und Silberarbeiter

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Verbands- und Branchenanliegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Blumenpflege im Zimmer

Eine Anleitung zur Behandlung der Zimmerpflanzen, Blatt-, Blütenpflanzen, Schling- und Hängpflanzen, Fenster- u. Balkenschmuck
58 Seiten mit 27 Abbildungen
Preis nur 1 Mark

Versand unter Nachnahme durch die
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Straße 8-9